

Dresdener Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Coop., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Schö, Staatsbank, Dresden,
Kant der Arbeiter, Angehörigen
und Frauen, K.-O., Dresden,
Gebrüder Kriebitz, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit der nächsten Unter-
bringungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“, außerdem Blatt und Beil-
erzählung 1,10 RM. Einzelnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Meißnerstraße 10, Fernsprecher Nr. 5311. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verkaufsstelle: Meißnerstraße 10, Fernsprecher Nr. 5311 und 12797.
Verkaufsstunde von 7 bis 12 Uhr und 5 bis 12 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Nonparell-
größe 30 Pf., die 30 mm breite Halbzeile 2,00 RM., für auswärts
zusätzlich 40 Pf. und 2,50 RM. für auswärts. Einzel- und Viertel-
blätter 40 Pf. und 2,50 RM. für Viertelblätter 10 Pf.

Nr. 110

Dresden, Freitag den 11. Mai 1928

39. Jahrg.

Die Kriegsgefahr in Ostasien

Japans Heere in Schantung — Reaktionäre „Einigung“ in China

Kriegsgefahr in Ostasien! So mancher denkt: Was kümmert es uns? China, Japan — das liegt weit, weit weg von uns. Die Menschen lernen wenig aus ihrer Erfahrung. Der chinesisch-japanische Krieg von 1894 hat mit der Niederlage Chinas den Prozeß der Auflösung des chinesischen Kaiserreichs eingeleitet, der die imperialistischen Mächte in das zerfallende Reich gelockt, ihren Kampf um die chinesische Herrschaft zu entfachen und damit zehn Jahre später den russisch-japanischen Krieg herbeigeführt hat. Die Niederlage Russlands in diesem Kriege hat die große Wendung des russisch-japanischen Kampfes eingeleitet: die Wendung von der Expansion in Asien zu einer Politik der Aktivität in Europa — die Wendung, die erst einerseits die englisch-russische Entente ermöglicht, andererseits den Gegenangriff des Japans zum Dobbjurgereich verschärft und damit schließlich den Weltkrieg herbeigeführt hat. Wir sollten es alle nicht vergessen haben, daß blutige Kämpfe in der fernsten Ostasien jene Entwicklung eingeleitet haben, die mit dem Weltkrieg, mit der entsetzlichen Katastrophe der Weltgeschichte, gipfelt hat. Wer diese Kette des Verhängnisses nicht unterläßt hat, der kann nicht glauben, es gehe uns nichts an, wenn im fernsten Osten neuer Krieg ausbricht.

Burgfrieden! Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Chinesen! Oh, wir kennen diese Sprache! So redet man, wenn ein Krieg beginnt! So juchzt jetzt Tschangtscholin, der Diktator Nordchinas. Seit Jahren fließen Ströme Blutes im Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden Chinas, zwischen der chinesischen Reaktion, an deren Spitze Tschangtscholin steht, und der nationalbürgerlichen Kuomintang, deren Heere Tschangtscholin führt. Jetzt aber, da Japan seine Truppen nach China schickt, legt, angeführt von der Gefahr, die China von außen bedroht, proklamiert Tschangtscholin „das Ende des Bürgerkrieges“; jetzt, so fordert er, mögen sich alle chinesischen Parteien gegen die japanischen Eindringlinge vereinen! Ist es Ernst? Ist der monarchistische Bandit in Peking, der seit Jahren von allen fremden Mächten Geld genommen, der das chinesische Volk an alle fremden Mächte verkauft und verrentet hat, ist er mit einem Male vom Patriotismus gepackt? Es klingt nicht eben wahrhaftig. Die Wendung des Diktators fordert andere Erklärung. Seine Heere sind geslagen. Seine Truppen flüchten in Unordnung, plündernd, brennend, sengend zurück. Wir wissen es aus der Geschichte aller seiner Niederlagen: sooft die Nordtruppen geschlagen wurden, erhob sich in ihrem Rücken die Revolution. Sie erhebt sich diesmal sicherer denn je: denn die Japaner in Schantung — das ist die denkbar stärkste Herausforderung des chinesischen Patriotismus. In diesem Augenblick den Kampf gegen den Süden fortsetzen — das heißt den chinesischen Patrioten als Bundesgenossen des Erbfeindes erscheinen, der Chinas reichste Provinz rauben will. Das kann mit einer geschlagenen Armee, Tschangtscholin nicht mehr wagen. Er kann, soll sich nicht nur auch der Norden noch gegen ihn erheben, nicht als Verbündeter der Japaner erscheinen. Tschangtscholin fürchtet die Revolution. Darum wird er mit einem Male zum Patrioten. Darum verkündet er das Ende des Bürgerkrieges. Darum proklamiert er die Vereinigung aller chinesischen Parteien gegen Japan. Tschangtscholins Wendung beweist, welche Hinfälligkeit nationaler Erbitterung der Einbruch Japans in Schantung hervorgerufen hat. Tschangtscholins Wendung beweist, daß in China schon die Stimmung herrscht, die den Beginn eines Krieges anzeigt.

Die Japaner beteuern: Sie wollen beileibe nichts in Schantung. Nichts liegt ihnen fern, als die Provinz annehmen zu wollen. Sie hätten ihre Truppen nur gelandet, um das Leben japanischer Staatsbürger zu schützen. Es haben noch keine Mächte, die ein Land rauben wollte, solche Ausreden geföhrt. Aber erst der militärische Einbruch hat zu kläppeln geführt, den Volkssorn entfesselt und damit nachdrücklich die Gefahr für die japanischen Staatsangehörigen erregt, die als Vorwand für die Entsendung von Truppen dient. Als England in Schanghai Truppen aus Land setzte, befahl es immerhin nur ein durch internationales Verträge internationalisiertes Gebiet; die japanischen Truppen aber drangen auf rein chinesischem Boden, auf einem Boden, auf dem Japan keinerlei Vertragsrechte genießt, vor. Sie drangen da vor, als dieser Boden ledig von den Truppen der nationalen Revolution mit ihrem Blute erobert worden war. Ihre Landung mußte als offenes Eingreifen in den chinesischen Bürgerkrieg erscheinen; weiß man doch schon lange, daß der japanische Imperialismus die Gelegenheit sucht, den Vormarsch der nationalen Revolutionsarmee aufzuhalten, ehe sie weit genug kommt, die japanische Interessensphäre in der Wandschurei zu bedrohen. Und diese Landung mußte überdies noch — und das vor allem ist ihre Gefahr — als ein Versuch erscheinen, die Provinz Schantung, die Japan schon einmal annektieren wollte, nun doch zu rauben.

Freilich, wie weit Japan gehen kann, hängt nicht nur von dem Appetit des japanischen Imperialismus ab. Es hängt vor allem davon ab, wie sich die Vereinigten Staaten verhalten wollen. Auf der Konferenz von

Washington haben sich Amerika, England und Japan feierlich verpflichtet, die Souveränität, die Unabhängigkeit, die territoriale und administrative Integrität Chinas zu respektieren, und auf Grund dieser ihm von Amerika aufgezwungenen Vereinbarung hat Japan die Provinz Schantung damals räumen müssen. Die Vereinigten Staaten, die die „offene Tür“ in China verfechten, werden schwerlich dazu schweigen können, wenn Japan diesen Vertrag nunmehr frech verletzt; und England wird sich, wohin immer seine Wünsche gehen, aus Rücksicht auf Kanada und Australien hüten, sich in Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu setzen.

Aber auch für die nationalistische Bewegung der Kuomintang drohen Gefahren. Sie ist unter Tschangtscholin immer reaktionärer geworden, hat die sozialen Forderungen abgestreift und die sozialen Erhebungen und Organisationen der chinesischen Arbeiter und Bauern blutig unterdrückt. Wenn sie jetzt noch gemeinsam mit ausländischen Gewalten gehen sollte und sich wieder mit dem Diktator Tschangtscholin vereint, so wäre ihre revolutionäre Macht gebrochen und ihr Ansehen dahin. Die Kuomintang sind dann völlig betrogen und stehen wieder am Anfang einer Bewegung, die sie zur sozialen Revolution zu erheben von der gesellschaftlichen Entwicklung gezwungen sind.

So geht es im fernsten Osten um weltpolitische Entscheidungen.

Neue Schlacht der Japaner

Die Meldungen aus China lauten:

Die Japaner haben den von den Südhinesen (Kuomintangtruppen) besetzten Teil von Tsingtau, der Hauptstadt von Schantung, durch mehrstündige schwere Beschützung in ihre Gewalt gebracht und eine Eisenbahnlinie, die von der Schantungbahn zum Ort über den Weißen Fluß verläuft, die Zahl der Opfer der Beschützung ist noch nicht bekannt. Nach japanischen Meldungen sollen die 7000 Südhinesen in Tsingtau schon beim Erscheinen japanischer Flugzeuge sich ergeben und die Waffen abgegeben haben. Die Japaner geben aber selbst an, bei den Kämpfen in Tsingtau 150 Chinesen getötet zu haben. Während die japanische Regierung in London und Washington versichern läßt, daß sie in China nichts weiter wolle, als „Leben und Eigentum der Japaner zu schützen“, bereitet sie die Ueberetzung der Kagojima-Division vor.

Tschangtscholin, der Gewalttäter des reaktionären Nordens, erklärte in einer Proklamation, angeführt von Fremden, den Kampf gegen den Süden einzustellen. Eine Vereinigung Nord-Süd gegen Japan scheint angestrebt.

Wie aus Peking gemeldet wird, ist gestern in Tsingtau im Besitz des japanischen Oberbefehlshabers die japanische Flagge auf der Festung gehißt worden. Der Befehlshaber begab sich hierauf nach Tsingtau, um die Kämpfe gegen die Chinesen zu leiten.

Der japanische Befehlshaber in China richtete an Tschangtscholin die telegraphische Aufforderung, die chinesischen Truppen innerhalb 72 Stunden aus dem japanischen Machtbereich zu entfernen.

Ein Sieg der Eisenherren

SPD. Am Mittwoch und am Donnerstag haben in Berlin Verhandlungen zwischen dem Wirtschaftsminister, der Eisenherren und der Eisen verarbeitenden Industrie über die Eisenpreiserhöhung stattgefunden. Das Wirtschaftsministerium wurde durch den Staatssekretär Dr. Tugendberg vertreten. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius selbst wohnte den Verhandlungen nicht bei.

Über das Ergebnis der Verhandlungen wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

„Die Vertreter der Eisen schaffenden Industrie legten dar, daß sie von einer Erhöhung der Preise für Rohstoffe absehen wollten. Die von ihnen für Kalziumfluorid vorzunehmenden Preiserhöhungen seien so gerechtfertigt, daß sie lediglich die Erhöhung der Selbstkosten für Rohstoffe berücksichtigen. Die Vertreter der Eisen verarbeitenden Industrie erklärten, daß sie auf Grund der am 7. Mai in Düsseldorf von der Eisen schaffenden Industrie ihnen gegebenen Unterlagen und Entwürfen Einwendungen gegen die von der Eisenindustrie angelegte Berechnung der Selbstkosten nicht zu erheben hätten. Sie mühten aber auf die Realisierung der Qualitätsüberpreise bestehen. Staatssekretär Dr. Tugendberg nahm diese Vorlegungen mit den Bemerkungen entgegen, daß er der Regierung die Stellungnahme zu ber durch letzte Veränderung der Roh- und Eisenwirtschaft geschaffenen Lage in jeder Beziehung vorbehalten müsse.“

Der Sinn dieser verunsicherten Darstellung ist, daß der Wirtschaftsminister umgefallen ist und in die von der Eisenindustrie angelegte Preiserhöhung einwilligt. Die Eisen verarbeitende Industrie hat die Dinge ganz richtig erkannt. Sie verzichtet auf einen Einbruch gegen die Eisenherren und hat sich durch eine Stellungnahme gegenüber dem Reichswirtschaftsminister

Nochmals: Die „Bruderpartei“

Von Paul Löbe, M. d. R.

Mein Ruf gegen die Selbstzerfleischung im Wahlkampf hat ein so lebhaftes Echo bei den Arbeitern beider Lager gefunden, daß sich einer der Unberufenen, der frühere Monarchist Dr. Neubauer, Düsseldorf, zu einer Rechtfertigung gedrängt fühlt. Da er mich darin persönlich anredet, sei ihm mit Vergnügen die Antwort erteilt.

Herr Dr. Neubauer beginnt mit einer Behauptung, von deren Unwahrheit er selbst überzeugt sein muß, auch nach der verhältnismäßig kurzen Zeit, die er als Kommunist mein Wirken beobachten kann. Er sagt:

„Warum haben Sie, Herr Dr. Neubauer, für jeden Bürgerlichen so zugängliche sind, wenn er ein Anliegen an Sie hat, warum haben Sie nicht es abgelehnt, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu empfangen, die in irgendeiner Sache von einer Besorgnis oder von den Erwerbslosen oder sonst irgendeiner sozialdemokratischen Organisation in den Reichstag gefandt waren, um dort bei den Parteivertretern ihr Anliegen vorzubringen?“

Mit Verlaub, Herr Doktor, diese Behauptung ist glatt un wahr. Die Amtsdienere im Reichstag sind Zeuge davon, daß ich in den acht Jahren meiner Amtszeit Hunderte von Erwerbslosen und ähnlichen Bittstellern, Einzeln und in Deputationen aus allen Lagern empfangen und ausgedehnte Besprechungen mit ihnen gepflogen habe.

Der auffälligste Fall, der mir in Erinnerung ist, ist folgender: Die kommunistische Parteileitung hatte eine Konferenz der Erwerbslosenräte in den Reichstag einberufen, ohne daß die Verwaltung des Hauses überhaupt von dieser Veranstaltung unterrichtet war. Als die Stunde der Konferenz anbrach, war kein kommunistischer Abgeordneter im Hause. Die am Portal 5 des Reichstages sich Einfindenden konnten also keinem kommunistischen Abgeordneten gemeldet werden, weil keiner da war. Der Portier, der Zusammenkünfte der Versammelten mit der Volksgemeinde beaufsichtigte, da man sich in der Dammallee befand, schickte zu mir um Rat, was er mit den Leuten anfangen sollte. Ich ließ die Erwerbslosenräte aus dem ganzen Reich, es mögen 50 bis 60 gewesen sein, in ein Zimmer des Reichstages führen, ging dort zu ihnen, stellte ihnen vor, daß niemand von den Kommunisten anwesend sei, und ließ mich von ihnen Anliegen unterrichten. Ich erinnere mich dieses besonderen Falles deutlich, da ich den Enttäuschten gerade eine kleine Zigarette herantreichen ließ, als endlich der von mir herbeigerufene Herr Koenen erschien und ausgeben mußte, daß er die Arbeiter ins Haus bestellt hatte, ohne daß überhaupt jemand anwesend war. Auf meine Bitte sind dann erst kommunistische Unterhändler erschienen.

So klobig die erste Unwahrheit von der Verweigerung der Empfänge ist, so un wahr ist auch der ganze übrige Inhalt des Artikels. Ich muß das etwas deutlich sagen, Herr Neubauer, denn Sie stellen die weitere Behauptung auf, daß Sie

„beim besten Willen keinen einzigen Fall entbeden können, wo Sie (Löbe) oder einer Ihrer Parteifreunde den Kommunisten gegenüber irgend so etwas wie Bräderlichkeit an den Tag gefetzt hätte.“

Es ist Ihnen aber ebenfugut wie Ihrer Fraktionsleitung bekannt, wie oft ich es gerade erreicht habe, daß verfolgte

Liste 1.